Dr. Brigitte Dahlbender, Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg:

Siedlungsentwicklung – nicht nur ein Problem des Naturschutzes

Der derzeitige Flächenverbrauch von täglich 9,4 Hektar in Baden-Württemberg ist nach wie vor alarmierend und eine Trendwende ist nicht in Sicht. Bedroht ist hierdurch nicht nur die biologische Vielfalt des Landes. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die weitere Zersiedlung der Gemeinden auch wirtschaftlich unverantwortlich. Die Verantwortlichen müssen einsehen, dass das ständige Wachstum der vergangenen Jahrzehnte vorbei ist. Neue Baugebiete werden nicht mehr benötigt. Die Menschen brauchen kompakte Gemeinden mit kurzen Wegen und vielfältigen Versorgungsangeboten. Zu attraktiven Gemeinden gehört nicht zuletzt eine intakte Natur.

Die Ausgangslage ist Besorgnis erregend und nicht länger zu verantworten: Immer noch werden in Baden-Württemberg täglich 9,4 Hektar verbaut – eine Fläche von etwa 14 Fußballfeldern. Dieser Flächenverbrauch durch eine expansive Siedlungsentwicklung ist eines der größten, bisher ungelösten Umweltprobleme. Entgegen aller politischen Erklärungen sind die bisherigen Anstrengungen zum Schutz der Freiflächen erfolglos, lässt die Wende auf kommunaler Ebene auf sich warten. Nach wie vor schreitet die Zersiedlung der Gemeinden weiter voran. Verantwortlich für diese Entwicklung sind vor allem folgende Ursachen:

- Ökonomische Rahmenbedingungen wie die Gemeindefinanzierung fördern nach wie vor das Bauen auf der „Grünen Wiese“.
- Steigende Wohnraumansprüche pro Person durch Wohlstand und Strukturwandel.
- „Haus im Grünen Ideal“ lebt fort bei gleichzeitig immer noch wenig attraktiven Innenstädten für Familien.
- Folgekosten neuer Baugebiete werden nicht berücksichtigt.
- Fehlendes Problembewusstsein für den demografischen Wandel.

Die vielfältigen negativen Folgen des Flächenverbrauchs und der Zersiedlung wurden bislang vorrangig im ökologischen Bereich thematisiert. Angesichts leerer kommunaler Kassen und angesichts der demografischen Entwicklung mit langfristig sinkenden Bevölkerungszahlen und einer alternden Bevölkerung müssen aber auch die ökonomischen Folgen der Siedlungsentwicklung berücksichtigt werden.

Die Ersten werden die Letzten sein

Eine Tatsache scheint bei den Entscheidungsträgern noch nicht angekommen zu sein: Die Zeiten der Bevölkerungszunahme sind vorbei! Die Kommunen spüren zunehmend die Konkurrenz um neue Einwohner – und reagieren darauf mit noch mehr Neubaugebieten. Doch spätestens ab 2012 wird die Zuwanderung (vor allem aus Ostdeutschland) nicht mehr die niedrige Geburtenrate ausgleichen. Das ist auch keine kurzfristige „Delle“ im stetigen Wachstum der vergangenen Jahre. Dieser Entwicklung mit billigem Bauland entgegen wirken zu wollen, ist so, als wolle man die Ebbe mit der Tieferlegung des Strandes verhindern. Selbst wenn eine Gemeinde den Bevölkerungsrückgang ein paar Jahre noch aufhalten kann, werden diese Menschen

einer anderen Kommune umso mehr fehlen. Angesichts der Kosten ist das volkswirtschaftlicher Unsinn! Denn die zusätzlich erschlossene und gebaute Infrastruktur muss von immer weniger Steuerzahlern unterhalten werden. Dieser Effekt wird sich in der scheinbaren „Gewinner-Kommune“ später umso mehr bemerkbar machen, je mehr Neubaugebiete dort erschlossen wurden.
Auch die erhofften Grundstückserlöse, mit denen viele Kommunen ihren Haushalt sanieren wollen, helfen im günstigsten Fall nur wenige Jahre. Langfristig gerechnet spielen diese Einnahmen nämlich nur eine marginale Rolle, wie die Studie „Neubaugebiete und demografische Entwicklung“ des Verband Region Stuttgart (2007) zeigt. Bürgermeister und Gemeinderäte dürfen hier nicht in Haushaltsjahren oder Wahlperioden denken.

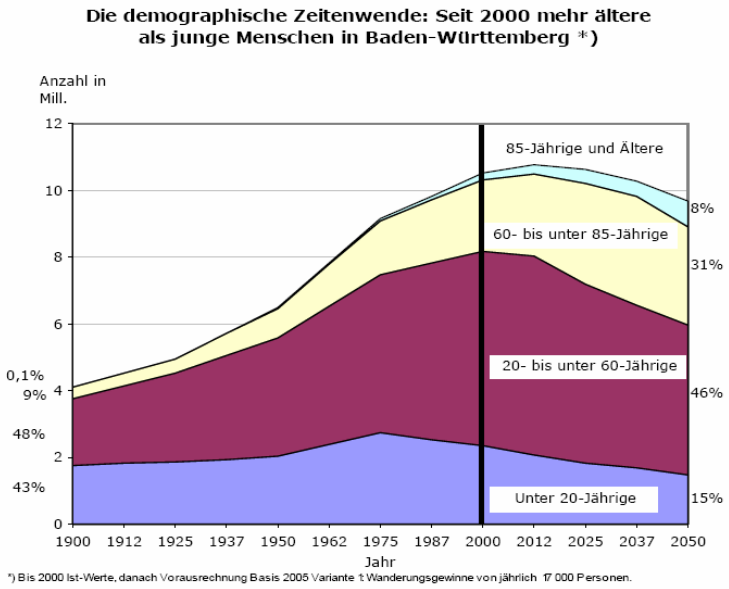
Schleichende Naturzerstörung
Bei allem ökonomischen Denken wollen wir den Schutz von Umwelt und Natur nicht vergessen. Die bedrohlichen ökologischen Folgen des Flächenverbrauchs zeigen sich schleichend: Die Böden verlieren ihre natürliche Leistungsfähigkeit und Regelungsfunktion. Der Boden- und Wasserhaushalt wird gestört. Die natürliche Pufferfunktion geht verloren – es kommt zu Schadstoffanreicherungen in den Böden, die zu stofflichen Veränderungen führen. Durch die Versiegelung von Freiflächen gehen vor allem fruchtbare Böden für die Landwirtschaft verloren. Das Retentionsvermögen der Böden nimmt ab, das Wasser muss zunehmend oberflächig abfließen, die Hochwassergefahr steigt, die Grundwasserbildung wird gestört. Die Zerschneidung der Landschaft zerstört Lebensräume und führt zu einem Rückgang der Tier- und Pflanzenarten. Auch wird das Landschaftsbild beeinträchtigt und Naherholungsmöglichkeiten werden verringert. Die Zersiedlung der Landschaft durch eine expansive Siedlungsentwicklung wird begleitet von einem zunehmenden Straßenverkehr, der zu einem erhöhten Schadstoffausstoß, zu mehr CO_2-Emissionen und Lärm führt.

Was tun?
Die Grundsätze und Lösungsalternativen einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung sind längst bekannt: Notwendig ist ein absoluter Vorrang für die Innenentwicklung, für die Wiedernutzung alter Industrie- und Gewerbegebiete, Konversion, angemessene Nachverdichtung und die Schließung von Baulücken. Neue Nutzungskonzepte müssen entwickelt werden für leer stehende und untergenutzte Bausubstanz in städtischen und ländlichen Regionen. Umfassende Flächenkataster mit allen Recyclingpotenzialen sollten vor der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen ausgearbeitet werden. Jeder weitere Quadratmeter Neubaugebiet auf der Grünen Wiese ist ein Kostenrisiko!
Aber warum ändert sich in der kommunalen Praxis so wenig? Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung, wie sie das Aktionsbündnis „Flächen gewinnen in Baden-Württemberg“ fördert, gibt es noch viel zu wenig. Sie müssen außerdem nach Ansicht des BUND zwingend ergänzt werden durch konkrete Taten, die den ökonomischen und rechtlichen Rahmen für die Kommunen zugunsten einer konsequenten Innenentwicklung verbindlich regeln. Zu nennen sind hier vor allem:

- Verpflichtende Berücksichtigung aller Folgekosten bei der Entscheidung über neue Baugebiete.
- Änderung der Gemeindefinanzierung wie die Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs und die Reform der Einkommensteuer
- Stärkung der Regionalplanung zur Steuerung der Flächenentwicklung.

Fazit: Mehr Mut!
Die Rezepte von gestern haben ausgedient. Damit lässt sich keine zukunftsfähige Siedlungsentwicklung betreiben. Die Entscheidungsträger in Bund, Länder und Gemeinden brauchen mehr Mut, um endlich vom Wachstumskurs Abschied zu nehmen. Gewinner wird in Zukunft diejenige Gemeinde sein, die auf qualitatives Wachstum setzt und ihre vorhandene Infrastruktur verbessert bzw. den Bedürfnissen einer alternden Bevölkerung frühzeitig anpasst. Um die Gemeinden als Wohnort attraktiver zu gestalten, werden keine neuen Baugebiete benötigt. Die Menschen brauchen vielmehr kompakte, verkehrsberuhigte Orte mit kurzen Wegen und vielfältigen Versorgungs- und Freizeitangeboten und nicht zuletzt eine intakte Natur im Umfeld. Eine solche Siedlungsstruktur sichert langfristig auch den Erhalt der sozialen und kulturellen Einrichtungen und bietet somit attraktive, generationenübergreifende Lebensmöglichkeiten. Sie trägt ebenso zum Klimaschutz bei, da sie optimale Rahmenbedingungen für eine effiziente dezentrale Energieversorgung mittels Blockheizkraftwerke und Nahwärmenetze schafft. Sie verringert die Abhängigkeit vom Autoverkehr und fördert eine attraktive Erschließung durch Bahnen und Busse.

Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg



- Zunahme der Bevölkerung bis 2011 nur noch aufgrund von Wanderungsgewinnen (17.000 jährlich)
- Rückgang der Einwohnerzahl des Landes kann bereits 2012 eintreten – bei geringen Wanderungsgewinnen von jährlich 17.000
- Regionale Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung
- Generell: Immer mehr Ältere im Land (2030: 35 % über 60-Jährige; 2050: 39 % über 60-Jährige)

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Oktober 2006